

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrabe Nr. 6.

Wöchentliche Beilage:
Unseries Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
90 Pfg. durch den Herabräger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 120.

Donnerstag den 19. Juni.

1890.

Neue Quertreibererei in der Tabakindustrie.

Dieselben Herren, welche vor einem Jahre in Berlin den Versuch gemacht haben, bei Gelegenheit der Genossenschaftsversammlung der Tabakberufsgenossenschaft eine Versammlung von Tabakinteressenten anzuhalten, um in dem Verein deutscher Tabakfabrikanten und -Händler die ihnen lästige Führerschaft Berlins abzuschütteln, wollen das Experiment diesmal in Bremen wiederholen. Trotzdem eine Generalversammlung des genannten Vereins, welche am 6. März d. J. unter zahlreicher Beteiligung in Berlin abgehalten worden ist, allen solchen Versuchen, die augenscheinlich nur den Zweck haben, an die Stelle energischer Opposition gegen alle Steuer- und Monopolprojecte eine sogenannte „staatsmännische“ Behandlung solcher Fragen treten zu lassen, ein kurzes Ende durch Neuwahl des Vorstandes gemacht hat, laden jetzt die abgesetzten Vorstandsmitglieder im Namen des Vereins zu einer Generalversammlung ein, um so ihre Zwecke durchzusetzen. Wenn nun auch die Mitglieder des Vereins genügend über die Sachlage unterrichtet sind, um sich von einer Versammlung fern zu halten, welche unbedeutender Weise für eine Versammlung des Vereins deutscher Tabakfabrikanten und -Händler ausgeben wird, so könnten sich doch leicht solche Tabakinteressenten, die dem Verein nicht angehören, dadurch täuschen lassen. Sie könnten vielleicht die Versammlung besuchen wollen, weil sie glauben, es sei eine Versammlung des Vereins, welcher seit Jahren ihre Interessen stets in der energischsten Weise vertreten hat, und wir halten es daher für geboten, auf den wahren Sachverhalt hinzuweisen, um die Tabakinteressenten darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht durch Theilnahme an der von dazu nicht berechtigten Personen nach Bremen bezuziehenden angeblichen Generalversammlung des Vereins deutscher Tabakfabrikanten und -Händler oder an der von denselben Personen bezuziehenden Versammlung der Vereinigung deutscher Tabak- und Cigarrenindustriellen die kleine Gruppe derjenigen Parteien mögen, welche ihre Aufgabe weniger in der Bekämpfung von Steuerprojecten, als in der Ausfindung von „zweckmäßigen“ Steuerreformen sehen. Wie eifrig man in dieser Beziehung schon an der Arbeit ist, das beweist mit großer Deutlichkeit der letzte Jahresbericht der Handelskammer zu Rammeln, welcher derartige Vorschläge aus dem Kreise der Tabakinteressenten bringt.

Politische Ueberblick.

Aus den österreichisch-ungarischen Delegationen liegt nunmehr der vollständige Bericht des Auswärtigen Ausschusses vor. Derselbe nimmt von der Aeußerung des Kaisers, nach welcher die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens befestigen, mit Freuden Kenntnis, desgleichen von den Erklärungen des Ministers über die Intimität der Beziehungen zu Deutschland und Italien, sowie über die Befestigung des mitteleuropäischen Bündnisses. Des weiteren sagt der Bericht, die uneigennütigen Bestrebungen des mitteleuropäischen Friedensbündnisses müßten auch ohne formale Abmachungen eine naturgemäße Stütze auch in England finden. Bezüglich Bulgariens drückt der Ausschuss die zuverlässigste Hoffnung aus, daß die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten bei voller Respektierung der Souveränitätsrechte der Worte jede passende Gelegenheit benützen werde, um wenigstens auf dem Wege freundschaftlicher Nachschläge die Frage der Anerkennung des Prinzen Ferdinand bei der Wählung näher zu bringen. Bezüglich Serbiens sagt der Bericht, Deserreich-Ungarn beachtliche die Selbstständigkeit Serbiens zu respektieren, mißte sich nicht in dessen innere Angelegenheiten und werde die guten Beziehungen Serbiens, zu welcher Macht immer es sei, jederzeit gern sehen,

aber es verlange für das Maß seines Wohlwollens die Gegenseitigkeit. Unter dem Ausdruck der wärmsten Anerkennung über die von dem Minister des Auswärtigen bisher befolgte Politik beantragt der Ausschuss, die Delegation wolle ihre Zustimmung zu der bisher befolgten auswärtigen Politik sowie zu dem Leiter dieser Politik ausdrücken. — In dem Heeresauschuss der ungarischen Delegation wiederholte am Dienstag der Kriegsminister v. Bauer seine frühere Erklärung, daß eine Erhöhung des Friedenspräsenzstandes unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu vermeiden sei. Die gegenwärtige Frage sei aber noch nicht geprüft und auch kein Plan ausgearbeitet; er könne daher über die Erhöhungspflicht und die dadurch bedingten Kosten gegenwärtig keinen Aufschluss geben. Nach einer entsprechenden Aeußerung des ungarischen Ministerpräsidenten Szapary nahm der Ausschuss die Erklärung, daß die bezüglichen Meldungen der Blätter ungedrängt seien, zur Kenntnis und erklärte sich durch dieselbe befriedigt. Der Heeresauschuss hat weiter folgende Resolutionen angenommen: Gegenüber der Erklärung des Kriegsministers, der es für unvermeidlich hält, sich mit der Erhöhung des Friedenspräsenzstandes des Heeres zu befassen, legt der Ausschuss das größte Gewicht auf die Berücksichtigung der Finanzlage und hat das Bedenken, daß die Erhöhung mit den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen des Landes kaum zu vereinbaren sei. Der Ausschuss nimmt jedoch dazu noch keine Stellung, weil der Kriegminister erklärt hat, daß die Frage noch nicht vorbereitet und kein positiver Plan vorgelegt sei.

Die Gesandten der Vereinigten Staaten, Englands und Deutschlands in Stockholm ersuchten den König Oscar von Schweden seitens ihrer Regierungen, kraft des Artikels 3 der Samoa-Conferenz einen Oberichter für die Samoainseln zu ernennen.

In Dänemark hat die oppositionelle Mehrheit des Folketings einen empfindlichen Verlust erlitten. Graf Holstein-Ledeborg, einer der Hauptführer der Linken, hat seinen Wählern und den Wählern seiner Parteigenossen mittels Circulars angezeigt, daß er sein Mandat als Mitglied des Folketings niedergelegt habe.

Der italienische Ministerpräsident Crispi hat sich bei „Wiss. Ztg.“ zufolge vor acht Tagen nach einer Mitteilung Delencolo's im „Sicile“ einem „höchst glaubwürdigen“ Geschäftsmanne gegenüber dahin ausgesprochen, er halte mehr als je am Dreibunde fest. Jetzt, nach Bismarck's Verschwinden, sei er der älteste Bundesgenosse und die Bundesleitung gebühre ihm. Dank dem Dreibunde sei Italien eine Großmacht, ohne welche man keinen Stein mehr in Europa umwenden kann. Vor dem Dreibunde dagegen war Italien ein Vasall Frankreichs. „Wir haben den Dreibund geschlossen, um diesem Joche zu entgehen, und wir werden nicht so thöricht sein, den Dreibund zu zerstören und zum französischen Bündnisse zurückzukehren, das uns wieder dem Einflusse der Pariser unterstellen würde, wir können uns sehr gut ohne Frankreich helfen. Die Deutschen liefern uns Alles, was wir brauchen, billiger und vortheilhafter als vorher die Franzosen, man sagt, wir bedürfen des französischen Geldes, um uns aus unseren Selbverlegenheiten zu ziehen, das ist nicht richtig, die Deutschen geben uns so viel Geld, wie wir brauchen, zu billigen Zinssätzen.“ — Der Bericht der Generalabgetragenencommission der italienischen Deputirtenkammer über das Budget des Schages behauptet, daß eine Besserung in der Finanzlage eingetreten sei, indem der vorjährige Commissionsbericht ein Defizit von mehr als 57 Millionen vorausgesehen habe, während der diesjährige Bericht das vorhandene Defizit in Folge der Erhöhung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben für fast gänzlich beseitigt erklärt.

Eine bulgarische Ministerkrisis meldet die offiziöse „Agence Balcanique“. Danach haben der

Minister des Auswärtigen Stranski und der Finanzminister Salbachew in Folge persönlicher Meinungsverschiedenheiten ihre Entlassung eingereicht und erhalten. Der Ministerpräsident Stambulow hat die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Unterrichtsminister Schukow die Leitung des Finanzministeriums übernommen.

Der serbische Generalconsul in Pest überreichte am Dienstag der ungarischen Regierung eine Protesnote die in der Form scharf gehalten ist und behauptet, daß das Verbot der Schweineinfuhr eine Verletzung des zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien bestehenden Veterinärvertrages enthalte.

Der rumänische Senat hat am Montag mit 53 gegen 3 St. das Gesetz betr. die Organisirung des Richterstandes angenommen und die geforderte Anleihe von 23 600 000 Lei für Straßenbauten bewilligt.

Senator Blaine hat im Senat der nordamerikanischen Union einen Antrag eingebracht, nach welchem im Jahre 1891 in Washington eine internationale Conferenz abgehalten werden soll, um eine Allianz zu bilden, welche sich die Unterdrückung der Sklaverei und das Verbot der Einfuhr von Waffen und Spirituosen in unentwickelte Länder zum Ziel setze. Ferner soll bei dieser Gelegenheit die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Regelung internationalen Streitigkeiten und eine allgemeine Abrüstung angesetzt werden.

Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Der Kaiser traf am Montag vom Schießplage zu Kummerdors nachmittags 4 Uhr 20 Min. wieder auf der Wiltparkstation ein und begab sich von dort nach Schloß Friedrichskron. Während der Rückfahrt waren der Kriegsminister v. Verdy du Vernois und der Abtheilungschef im Militärkabinett v. Dittmann zu Vorträgen in den Salongagen befohlen. Nach der Ankunft im Schloß empfing der Kaiser um 5 Uhr den Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe. Oester früh 6 Uhr unternahm der Kaiser einen Spazierritt in die Umgegend des Schloßes und von Potsdam und gewährte alsdann dem Maler Professor Lenbach aus München zur Porträtirung eine längere Sitzung. — Bei seinem diesjährigen Besuche in Russland wird der Kaiser an den großen Manövern bei Krasnojarsk-Selo theilnehmen. Nach einer Meldung des „Grafenpan“ hat der Kaiser den Wunsch geäußert, das Kaiserliche Infanterieregiment, dessen Chef er ist, während dieser Manöver persönlich zu commandiren. — Die Kaiserin hatte sich Montag Nachmittags 2 Uhr mit den fünf kaiserlichen Prinzen von Schloß Friedrichskron aus zu Wagen nach Bornstedt begeben und dort der Kaiserin Friedrich einen Besuch abgestattet. Später besuchten beide Majestäten die Friedenskirche.

— Die Verlobung der Prinzessin Victoria mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe ist am Dienstag bei dem großen Diner im Marmorhalle des Stadtschloßes zu Potsdam proclamirt worden. An der Tafel nahm auch der Reichskanzler v. Caprivi Theil. Vor der Tafel hatte der Kaiser im Broncesale die Verlobung proclamirt. Während des Frühstückmahles trank der Kaiser auf das Wohl des Brautpaares. — Der „Reichsanz.“ theilt die Verlobung durch folgende Bekanntmachung mit: „Mit Einwilligung Sr. Maj. des Kaisers und Königs, sowie unter Zustimmung Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Friedrich und Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Schaumburg-Lippe hat am heutigen Tage zu Potsdam die feierliche Verlobung Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Friederike Amalie Wilhelmine Victoria von Preußen, zweiten Tochter Sr. Majestät des hochseligen Kaisers und Königs Friedrich, mit Sr. Durchlaucht dem Prinzen Adolf Wilhelm Victor zu

Schaumburg-Lippe stattgefunden. Nach dem E. Reichstag der Kaiser und König dieses frohe Ereignis heute im Stadtschloß zu Potsdam den dort versammelten Mitgliedern des königlichen Hauses und Fürstlichkeiten mitzuteilen gerührt, wird dasselbe auf Allerhöchsten Befehl hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht. — Die Nachricht von einer bevorstehenden Verlobung der Prinzessin Margarethe mit dem Erbprinzen Wilhelm von Nassau ist nach offizieller Mitteilung völlig unbegründet.

— (Der Prinzregent von Bayern) übersandte dem Central-Comitee zur Errichtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten Bismarck in der Reichshauptstadt einen Betrag von 1000 M.

— (Ein besonderes bayrisches Denkmal für den Fürsten Bismarck) soll am Starnberger See aufgestellt werden. Ein Aufruf dazu ist jetzt erschienen, unter dem sich die Namen der Staatsminister, der obersten Hofchargen u. s. w. befinden. Es scheint nach dem Fr. Ztg. bei diesem besonderen Denkmal auf eine besondere Dankesäußerung für die Erhaltung der bayerischen Reservatrechte abgesehen zu sein, denn es heißt in dem Aufruf: „Fürst Bismarck hat im deutschen Reiche Bayerns allezeit in Treue geachtet und uns Freundschaft gehalten in allen Dingen. Wir Bayern wollen ihm darum ein Denkmal in unserem Lande setzen.“

— (Maßregeln gegen die Anarchisten.) Wie nach der S. Ztg. in Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, gilt die Vereinbarung eines internationalen Vorgehens der Mächte gegen die Anarchisten nahezu für gesichert. Besonders stehen Italien, Rußland und Oesterreich solchen prophylaktischen Maßnahmen unbedingt sympathisch gegenüber. Auch die Schweiz ist entschlossen, ausländischen Anarchisten das Gastrecht fernhin nicht mehr zu gewähren. In Genoa und Mailand sind durch die Regierung bereits zahlreiche französische Anarchisten durch Carabinieri an die Grenze geschickt worden. Ähnliche Maßregelungen dürften die in Frankreich anfassigen Nihilisten zu gewärtigen haben. Ueberhaupt macht sich fast überall diesen gemeingefährlichen Gästen gegenüber mit Recht eine sehr ungnädige Stimmung geltend.

— (Gegen die sogenannte parteilose Presse) spricht sich die „Kreuzzeitung“ aus. Eine solche Presse, so bemerkt das Blatt nicht mit Unrecht, die sich jeder Kritik und jeder eigenen politischen Parteipolitik enthalte, könne nicht gerade einem Volk zur Anerkennung gelangen. „Doch der Grund hierzu lag wesentlich in der Stagnation, welche unser öffentliches Leben seit Jahren ergriffen hätte, die sich im parlamentarischen Leben durch die Förderung einer möglichst programmlosen Mittelpartei und im Zeitungsleben durch das Ueberwachen der parteilosen Presse documentierte. — Gegenwärtig befehrt ein anderer Geist unser öffentliches Leben; das knochenlose Gebeule der Mittelpartei ist vom Schauplatz verschwunden, und das ganze Volk nimmt wieder regen Anteil an den Fragen der Politik und des wirtschaftlichen Lebens. Diesem Umfchwung muß nothgedrungen auch eine Wandlung in unseren Presseverhältnissen folgen.“ Wir sind gleichfalls dieser Meinung und ebenso glauben wir, daß die politische Gleichgültigkeit, welche die sogenannte parteilose Presse künzlich förderte, nur geeignet ist, die sozialdemokratische Bewegung zu fördern, insbesondere nach Aufhebung des Sozialisten-Gesetzes.

— (Gegen die Erhöhung der Offiziersgehälter) spricht sich sogar das nationale liberale „Frankfurter Journal“ aus, indem es schreibt: „Der schwächste Punkt der Vorlage ist vor Allem die augenscheinliche Bevorzugung der Offiziere vor den Beamten, welche gemäß der bisherigen, ganz unzulänglichen Bezahlung das größte Recht auf eine durchgreifende Verbesserung haben: den diätarisch beschäftigten Beamten und Unterbeamten. Wir glauben, daß zu diesem Hehl des Etats, also zu dem Zweieinhalb Millionen, welche für die am mindesten günstig situierte Beamtenklasse gefordert werden, jeder billig Denkende die Bewilligung eines Zuschlags ohne Widerspruch hingenommen hätte. Wir glauben ferner, daß eine Verbesserung der Richter- und Lehrstellen ein weit bringenderes Bedürfnis ist wie die Erhöhung der militärischen Gehälter, und wir geben somit der Folgerung Raum, daß erst diese Aufgabungen gründlich zu erfüllen sind, ehe man Zuwendungen an das Offiziercorps ins Auge faßt.“

— (Die Anfielungs-Commission) kaufte, wie die „Magd. Ztg.“ meldet, die 7390 Morgen großen polnischen Güter Slowkowo und Orchow, die dem bisherigen Reichstagsabgeordneten Graco gehörten, ferner von Herrn Lukomski das polnische Gut Wicowoo, überhaupt aus polnischen Händen im letzten Monat 1883 Morgen.

— (Zur Colonialpolitik.) Einem afrikanischen Häuptling Namens Singo will der Kaiser den „Hamb. Nachr.“ zufolge werthvolle Geschenke, einen Bronzessel, eine große Standuhr und eine Reihe deutscher Waffen senden. — Der erste Reichspostdampfer nach Afrika soll am

23. Juni Hamburg verlassen und mit ihm wird sich der erste Vorläufer des neu zu errichtenden deutschen Postamts zu Sansibar, Postsecretär Steinbagen von Berlin, auf seinen neuen Posten begeben. Die für das Postamt nothwendigen Einrichtungsgegenstände sind bereits mit früheren Dampfschiffen nach Sansibar befördert worden. Gleichzeitig ist jetzt der Vertrag abgeschlossen, wonach in kürzester Frist ein Telegraphenabel von Sansibar über Bagamoyo nach Dar-es-Salaam gelegt werden wird.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 17. Juni 1890.) Die zweite Beratung der Vorlage, betr. die Gewerbe-gerichte, wird mit der gestern begonnenen Beratung des § 8 fortgesetzt. Derselbe enthält die Bestimmungen über die Wahlen der Richter zu Gewerbegerichten. Namentlich sollen die Wahlberechtigten dieses Jahres sich wählen für sich und ihre Familien im letzten Jahre keine öffentliche Armen-Unterstützung empfangen haben und müssen mindestens zwei Jahre im Gerichtsbezirk wohnhaft oder beschäftigt sein. Hierzu liegen zwei Anträge vor: 1. vom Abg. Eberth (Hr.), die Altersgrenze für die Wahlbarkeit auf das 25. Jahr festzusetzen; 2. von dem Abgeord. Auer (Soz.), die Altersgrenze für die Wahlbarkeit auf das 25. Jahr festzusetzen, die Bestimmungen wegen der Armenunterstützung ganz zu streichen und die Aufenthaltsdauer im Gerichtsbezirk auf ein Jahr zu bemessen. — Nach längerer Debatte, an der sich die Abg. Dr. Meyer-Berlin, Dr. v. Cuny, Dahn und Ricker beteiligten, wird über den Antrag Eberth (25 Jahre als Grenze der Wahlbarkeit) namentlich abgelehnt. Der Antrag wird mit 132 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten Sozialdemokraten, Freisinnige und mehrere Nationalliberale, auch einige Mitglieder des Centrums. — Im Uebrigen werden die sämtlichen Anträge abgelehnt und der § 8 nach der Commission-vorlage unverändert angenommen. — § 11 bestimmt die Amtsdauer der gewählten Richter und der Wahlmänner. — Hierzu liegen zwei Anträge vor: 1. vom Abg. Adermann (Lsk.), der die Bestimmung zu streichen verlangt, daß die Wahl unmittelbar und geheim erfolgen soll. 2. vom Abg. Auer (Soz.), welcher statt der Bestimmung: „Die Wahl erfolgt auf mindestens ein Jahr und auf längstens sechs Jahre“ zu lesen vorschlägt: „Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre“. — Außerdem soll ein neuer Absatz den § 11 zugesetzt werden: „Die Wahl ist an einem Sonntage vorzunehmen.“ — Abg. Adermann (Lsk.) fürchtet, daß bei geheimer Wahl sich das politische Parteitreiben geltend machen werde; das halte er für sehr entbehrlich. Den Sonntagen wollen wir zur Ruhe und Heiligung reserviren und uns nicht durch Wahlagitationen verderben lassen. — Abgeordneter Eberth (deutschfreisinnig): Lassen Sie es bei den Commissionbeschüssen. — Abgeord. Dr. Forst (Centrum): Die geheime Wahl ist auf Antrag des Centrums in den Paragraphen aufgenommen worden, weil dadurch am sichersten alle Personen wahlberechtigt werden kann. — Abg. Eberth (Soz.): Der Antrag auf das geheime Wahlrecht ist ein beachtenswerthes Symptom. Die Wahlmänner auf sechs Jahre zu bemessen, ist verfehlt. — Abg. Dr. v. Dombrowski (Pol.) erklärt sich für Ablehnung aller Anträge. — Das Haus nimmt den § 11 unverändert nach den Commissionvorlagen an. § 12 enthält mehrere Bestimmungen über die Wahlberechtigten; die Vorlage bestimmt, daß jeder Wahlberechtigte 25 Jahre alt sein muß. Ein Antrag Auer (Soz.) verlangt, die Wahlberechtigung mit dem 21. Jahre eintritt zu lassen. Ferner sollen auch Arbeiterinnen für wahlberechtigt erklärt werden, und endlich soll die Bestimmung gestrichen werden, daß nur zwei Jahre im Gerichtsbezirk beschäftigt Personen wahlberechtigt sein sollen. — Vor dem Abg. Eberth, (Hr.) ist ebenfalls Wahlberechtigung für die Arbeiterinnen beantragt. — Abg. Dr. Horwiz (Hr.) befürwortet diesen Antrag. — Abg. Dr. Sirch (Hr.) ist für den Eintritt der Wahlberechtigung mit dem 21. Jahre und für das Wahlrecht der Arbeiterinnen. — Abg. Dresbach beantwortet den Antrag Auer. Die Commissionbeschlüsse machen die Frauen einfach mündig. — Abg. Ricker (Hr.): Für die Ausschließung der Frauen vom Wahlrecht lehnt die Regierung keine Gründe zu haben. — Minister v. Boetticher: Der Vordruck stellt eine neue Forderung auf, und derselbe wäre auch verpöblich, dieselbe zu hegen. Mit denselben Rechte, mit dem man hier die Teilnahme der Frauen an den Wahlen verlangt, kann man auch deren Theilnahme an den Schöffengerichten, an den Parlamenten u. s. w. verlangen. — Abg. Dr. Forst (Hr.) kann von allen beabsichtigten Änderungen nur demjenigen zustimmen, daß für die Wahlberechtigung einjähriger Aufenthalt am Orte genügt; dem Wahlrecht der Frauen stimmt er nicht zu. — Abg. Eberth (Soz.): Die Wahlberechtigung der Frauen hat Nichts zu thun mit der Frage der Frauenemanzipation; hier handelt es sich um ein gutes Recht der Arbeiterin. Das Haus beschließt, die Debatte über § 12 zu schließen, und verlag sich vor der Abstimmung. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Nachtragsrat (Gesetzes-erhöhungen) in 1. Lesung. Fortsetzung der Gewerbegerichts-vorlage in 2. Lesung. Schluß 5 1/2 Uhr.

— Die Militärcommission lehnte in ihrer Montag-Abschließung den Antrag Ricker auf eine jährliche Feststellung der Präsenznummer mit 19 gegen 9 Stimmen und den Antrag Richters auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit 18 gegen 10 Stimmen ab, nahm hingegen die bekannten 4 Resolutionen Windthorfs mit großer Majorität, ebenso § 1 der Vorlage (Die geforderte Friedenspräsenzstärke) mit 17 gegen 11 und schließlich das ganze Gesetz mit 16 gegen 12 Stimmen an. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, Freisinnige, Bayer und vom Centrum: Dreier, Gröber, Lieber, Wildegger. — Die bayerischen Centrummitglieder, die in den letzten Tagen fast sämtlich in ihrer Heimath waren, sind angeblich entschlossen, im Plenum für das Militärgesetz nur dann zu stimmen, wenn „Compensationen“ (jährliche Bewilligung der Friedenspräsenznummer u. s. w.) gewährt und sofort mit in das Gesetz aufgenommen werden. Sie würden also gegen das Gesetz stimmen,

auch wenn die vom Abg. Windthorff aufgestellten „Resolutionen“ vom Hause angenommen würden.

Volkswirtschaftliches.

(Vertiefung des Hafens von Cuxhaven. Wie die „Hamburgische Börsenhalle“ meldet, schließt eine der Hamburger Bürgerschaft vom Senate zugedachte umfangreiche Vorlage mit dem Antrage, in Cuxhaven nach dem vom Senate aufgestellten Plane einen tiefen Hafen anzulegen, sowie den dortigen Fischerhafen auszubauen und die hierzu erforderlichen 7 1/2 Millionen Mark durch eine Anleihe aufzubringen.

(Gegen ungerechtfertigte Streiks haben sich die Cigarrenfabrikanten in der Lausitz zu einem Verbands vereinigt. Die zur Arbeitseinstellung führenden Differenzen unterliegen der Beurtheilung eines Schiedsgerichtes, das gebildet wird von dem jeweiligen Verbandsvorsitzenden, zweien bei der Arbeitseinstellung nicht beteiligten Fabrikanten und ebensoviele Arbeitern. Die Statuten belegen, daß, wenn die Forderungen der Arbeiter als gerecht anerkannt werden, der Fabrikant sich zu fügen hat; im anderen Falle erhält er keine Unterstützung vom Verbands. Von letzterem abgewiesene und trotzdem streikende Arbeiter dürfen von keinem Verbandsmitglied angenommen werden. Ein Verbandsfabrikant, welcher solche Arbeiter innerhalb 8 Wochen vom Streik an gerechnet beschäftigt, zahlt pro Person 50 M., die unter Umständen vom Vorstände eingeklagt werden können. Ein vom Streik betroffener, sich im Recht befindender Verbandsfabrikant wird pro Woche mit 2000 Stück Cigarren unterthät.

(Gegen die Annahme der neuen amerikanischen Tarifvorlage protestirt die Handelswelt in New-York und hat diesem Protest durch eine Deputation an den Senat Ausdruck gegeben, welche 600 Geschäftsführer mit einem Gesamtvermögen von 500 Millionen Dollar in der Stadt New-York repräsentirt. Vertreter der Seiden- und Sammtfräule, der Importeure von Glas- und Idenwaaren, der Wollimportent, Importeure von Posternwaaren, der Eisenwaarenimportent, der Knospimportent, Cigarettenimportent, Hopfenhändler, Spitzen- und Stickerfabrikanten, Importeure von Kleiderstoffen, Importeure von Spegeteewaaren und Corsetfabrikanten erörtern im einzelnen vor dem Finanzausschuß des Senats die nachtheiligen Folgen des neuen Tarifs und machten den Protest anschaulicher durch zahlreiche Waarenproben. Die Deputation gehörte in der Mehrheit der republikanischen Partei an, also derjenigen Partei, welche die Mehrheit in den gesetzgebenden Körpern besitzt. Wie die „Newyorker Handelszeitung“ schreibt, ist die Tariffrage für die republikanische Partei zu einer Eifenfrage geworden. Ersetzt die Partei die Vorlage nicht zum Gesetze, so verliert sie ihre Prekäre und ist „futsch“; erhält die Bill aber andererseits Gesetzeskraft, dann sind die Republikaner noch „futsch“, denn dann würde ein großer Theil derselben, der unter den unfinnigen Bestimmungen des Gesetzes empfindlich zu leiden haben würde, sich bedingungslos der Partei der Tarif-Reformer anschließen.

Provinz und Umgegend.

† Es geben sich jetzt in einer Reihe thüringischer Städte Bestrebungen kund, das eine mehr oder minder vollständige Sonntagruhe für offene Verkaufsläden eingeführt werde. In Weimar beabsichtigt eine Anzahl Kaufleute eine Einigung unter der Kaufmannschaft dahin herbeizuführen, daß die Läden an den Sonntagen von 2 Uhr nachmittags ab geschlossen bleiben. In Gera haben 365 Inhaber offener Geschäfte eine Petition die Sonntagstrube betreffend an den Reichstag gerichtet.

† Als der am Sonnabend Abend 7 Uhr 35 Min. von Alten nach Cöthen abgelaufene Personenzug in der Nähe des Ueberweges in Bisthorfer Feldmark anlangte, bemerkte der Locomotivführer von seinem Stande aus einen dunklen Gegenstand auf den Schienen. Anfangs glaubte der Führer, daß Felsen im Geleise liegen, doch bald wurde er gewahr, daß mehrere große Steine auf die Schienen gerollt waren. Sofort wurde der Zug zum Stillstehen gebracht, zum großen Glück, denn die von ruheloser Hand auf die Bahn gelegten Steine hätten den Train unweifelhaft zum Entgleisen gebracht. Die im Zuge stehenden Passagiere befanden sich, als sie die Ursache des Haltens erfuhr, in höchster Aufregung. Nur durch die Lufrückkehr und treue Mithierleistung des braven Locomotivführers wurde ein unbeschreibliches Unglück verhütet. Nachdem das Hinderniß beseitigt, fuhr der Zug nach Cöthen weiter.

† Die Errichtung eines städtischen electrischen Lichtwerkes haben die städtischen Behörden zu Passel im Brinzig beschloßen und zu dem Zwecke die in Concurs gerathenen großen Döbelmischen Mühlenwerke für den Betrag von 275 000 Mark angekauft.

Restauration zum Tiefen Keller.

Einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend mache ich hiermit bekannt, daß ich das

Restaurant zum Tiefen Keller

übernommen habe und verspreche jedem mich besuchenden Gast mit guten Speisen und Getränken aufzuwarten.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß ich mein Local vollständig der Neuzeit entsprechend renovirt und durch Neubau vergrößert habe.

Geehrten Vereinen stelle mein neuingerichtetes größeres Gesellschaftszimmer zur gefälligen Benutzung.

August Kohlhardt.

Wiener-Geräthe-Ergengniß- u. Ausstellung

am 12. 13. u. 14. Juli cr. in Bad Lauchstädt.
Nachdem der Ausstellungsplan fertiggestellt und abgeschlossen ist, können Besucher etc. von jetzt ab angetreten werden. (H. 33296 d.)
Kohlhardt, den 12. Juni 1890. Das Ausstellungs-Comité

Papier-Offerte!

für Consumenten und Wiederverkäufer.

Briefbogen u. Couverts, Billet-Format,

- 100 Briefbogen } zusammen 1 Mk.,
- 100 Couverts } zusammen 1 Mk. 50 Pf.,
- 100 Briefbogen } zusammen 2 Mk.,
- 100 Couverts }

empfehlen in wunderbarer Qualität

die Papierhandlung von L. Daumann,
Burgstraße Nr. 23.

Geschäfts-Empfehlung.

Erlaube mir hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich durch die Herstellung eines geräumigen Ladens mein Lager in

Möbeln aller Holzarten

von den elegantesten bis zu den geringsten Spiegeln in allen Größen sowie Polsterarbeiten bedeutend vergrößert und completiert habe. Auch empfehle geehrten Respektanten meine completen Zimmer-einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Sophas, Stühle in allen Holzarten.

Bei billigster Preisstellung versichere ich stets gute saubere Arbeit unter Garantie zu liefern und bitte das mir bis jetzt geschenkte Vertrauen auch ferner gütigst bewahren zu wollen.
Merseburg, im Juni 1890.

Hochachtung

C. Pertz, Tischlermeister,
Breitestraße Nr. 2.

P. P.

Einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend zur Nachricht, daß das seither

Gotthardtsstrasse Nr. 8

betriebe

Material- und Colonialwaren-Geschäft

vom Freitag den 20. Juni cr. ab wieder geöffnet ist und von diesem Tage an dem geehrten Publikum zur gefälligen Benutzung offen steht. Prompte Bedienung versprechend wird gute und reelle Waare bei billigsten Preisen zugesichert.

Merseburg, im Juni 1890.

Achtungsvoll

J. F. Beerholdt Nachfolger.

Fußbodenfarben

zum sofortigen Anstrich fertig, mit bestem Firnis vertrieben, hart trocknend, nicht nachbleibend,

Farben für landwirtschaftliche Maschinen und Gerätschaften,

Fußboden-, Möbel-, Eisen- und Lederlacke

in der Drogen-, Lack-, Farben- u. Firnisfabrik

von Oscar Leberl,

Burgstrasse 16.

Malern und Wiederverkäufern Vorzugspreise.

Schwerhörigkeit.

Schörübel aller Art, insbesondere hartnäckige und veraltete Fälle, werden schnell und dauernd geheilt durch den Gehör-Behandlungs-Apparat. D. R. P. 39814. Carl Pat. 5886. Große Erfolge und höchste Anerkennung in wissenschaftlichen Kreisen. Jeder kann die Gehörbildung ganz seinem Verstand selbst anwenden. Mein Vertreter, Herr A. Moeck, wird in Merseburg am Montag den 23. Juni cr. im Hotel zur goldenen Sonne für alle Gehörleidende aus Stadt und Umgegend von 9-11 Uhr vormittags und 3-6 Uhr nachmittags kostenfrei zu sprechen sein.
J. C. Steinbrück, Berlin NW. 21, Spenerstr. 9.
Als Ausrüstung empfohlen: fast unsichtbar zu tragende einfache und elektrische Gehörinstrumente (Mikrophone). (H. 21265.)

Jedes echte Grahambrod ist am eingepressten Firmastempel kenntlich.
Potsdamer (Professor) Grahambrod
Weizenschrotbrod
von Rudolf Gericke, Kaiser-Königliche Hof-Lieferant, Potsdam.
Potsdamer Dampf-Zwieback- u. Weizenschrotbrod-Fabrik
Ist ärztlich anerkannt das einzige Brod von dem gerührten köstlichen Geschmack, das der schwächste Magen schon Morgens früh verträgt.
Direkte Probensendung (5 Kilo) — ca. 350 Zwieback u. 3 Grahambrod zu M. 4.40.
Täglich frisch p. Laib
à 35 Pfg. bei
C. L. Zimmermann,
Weidstr. 1. all. Station.
Bismarkstr. 89a. 1298

Haupt- und Schlussziehung

V. Klasse der Schlossfreiheit-Lotterie
7. Juli und folgende Tage.

Original-Loose	zu 115,—	57,50	28,75	14,50
Antheile	zu 750	3,75	2,—	

empfehlen und versenden gegen Einzahlung des Betrages auf Postanweisung (50 Pfg. für Porto und Gewinnliste)

Carl Heintze,

Berlin W., Unter den Linden 3.

PrimaMatjes-Seringe

2 St. 15 Pf., per Schock 4,00, empfiehlt
F. Otto Wirth,
Gotthardtsstraße 11.

Saure Gurken

in wohlgeschmeckender Waare sind in Doseform und einzeln noch abzugeben bei

Carl Rauch, Neumarkt.

Neue Heringe,
neue Kartoffeln,
junge Sahnchen
empfehlen
Wilhelm Gummert.

Baumwollene Strümpfe

färben in nur woschbaren Farben, als schwarz, braun, indigo-blau etc., à Paar 25 Pf. — diamant-schwarz à Paar 30 Pf.
Max Wirth's Färberei.

Sarzer Kanarienvögel
mit nur edlem Gesänge (schöne Tonreihfolge), als Vorkänger, empfehle preiswürdig.
Bradke, Deigube 21.

Theater im Tivoli.

Freitag den 20. Juni 1890.

Anwidererullich letztes Gastspiel des Herrn Albert Brümmer.

Reif-Reisfliegen.

Schwarm mit Gesang in 4 Akten von Gustav v. Moser.

Rollschuh-Club.

Heute Abend Übungsstunde.

Hubold's Restauration.

Heute Donnerstag Schlachtfest.

Männer-Turn-Verein.

Sonntag den 22. Juni cr. nachmittags 1 1/2 Uhr, Ausflug mit Damen nach Döllnitz.

Sammelort: Meusdauer Schule. Der Vergnüg.-Ausflug.

Kaiser Wilhelmshalle.

Freitag den 20. Juni, abends 8 Uhr.

Garten-Concert.

Entrée 20 Pf. Krumholz, Stadtmusikdirector.

Allgemeiner Turn-Verein.

Sonntag den 22. Juni 1890

Sommerfest

in der Kaiser Wilhelmshalle.

Anfang des Concerts nachmittags 3 1/2 Uhr. — Abends 8 Uhr Abendunterhaltung und Ball.

Für Nichtmitglieder Eintritt 30 Pf. Der Vorstand.

Kaiser Wilhelmshalle.

Montag

Leipziger Couplet-Sänger.

Alles Nähere Anzeigen und Zettel.

G.-B. Flora.

Donnerstag den 19. d. M.

General-Conferenz.

Der Vorstand.

Einem Geschirrführer

Wilhelm Kops, Reinsdamer Str. 3a.

Ein ordentliches Mädchen sucht zum 1. Juli Frau Wallenburs, große Ritterstraße 23.

Hierzu eine Beilage.

Das Abkommen zwischen Deutschland und England bezüglich Afrika's.

Endlich sind die englisch-deutschen Verhandlungen bezüglich der gegenseitigen Interessensphäre in Afrika zum Abschluß gekommen und eine noch am Dienstag Abend spät ausgegebene Sonderausgabe des Reichs-Anzeigers veröffentlicht das betreffende Uebereinkommen, welches wie folgt lautet: Auf Grund der in jüngster Zeit geführten Verhandlungen ist zwischen der Deutschen und der Englischen Regierung über nachstehende Punkte, welche ein unentzerrbares Ganze bilden, Einverständnis erzielt worden:

- 1) Die Deutsche Interessensphäre in Ostafrika wird begrenzt: a. im Süden: durch eine Linie, die von der Mündung des Rufara im Westen des Nyassa-Sees bis zur Mündung des Kilambo im Süden des Tanganyika-Sees führt; b. im Norden: durch eine Linie, welche längs dem 1. Grad südlicher Breite von Westufer des Viktoria-Nyanza bis zum Kongosaafe führt und den Berg Mumbiro südlich umgibt.

Zwischen dem Nyassa-See und dem Kongosaafe, zwischen Nyassa-See und Tanganyika-See, auf dem Tanganyika-See und zwischen dem letzteren und der nördlichen Grenze der beiderseitigen Interessensphären wird der Verkehr für die Untertanen und die Güterbeider Nationen von allen Abgaben frei bleiben.

In den beiderseitigen Interessensphären wird den Missionen beider Staaten Cultus- und Unterrichts-freiheit gewährt. Die Untertanen des einen Staates sollen in der Interessensphäre des anderen bezüglich der Niederlassung und des Handels die gleichen Rechte genießen wie die Untertanen des Staates, welchem die Interessensphäre angehört.

England wird seinen ganzen Einfluß ausüben, um den Sultan von Sansibar zur Abtretung des von ihm der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstenstrichs an Deutschland zu bewegen. Für diesen Fall wird deutschseits dem Sultan eine billige Entschädigung für die ihm entgehende Zoll-einnahme gewährt werden.

2) Die Grenze zwischen der deutschen und englischen Interessensphäre in Südwestafrika führt von dem in früheren Uebereinkommen verabredeten Punkte aus längs dem 22. Grad südlicher Breite nach Osten bis zum 21. Längengrad, von da nach Norden längs diesem Grade bis zum Äquatorpunkt desselben mit dem 18. Grad südlicher Breite und von da nach Osten längs dem Äquatorfluß bis zu dessen Mündung in den Zambesi.

3) Die Grenze zwischen dem deutschen Togogebiet und der englischen Goldküstenlinie soll entsprechend dem deutschen Vorschlage durch eine Linie gebildet werden, welche die streitige Randstadt Kpessi in der Weise durchschneidet, daß der nördliche Theil mit Spandau an Deutschland, der südliche Theil mit West in England fällt.

4) Deutschland überträgt England seine Schutzherrschaft über Witu und das Somaliland im Norden der englischen Interessensphäre.

5) Deutschland giebt seine Zustimmung, daß England über das Sultanat Sansibar mit Ausnahme des der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstenstrichs das Protektorat übernimmt.

6) England tritt vorbehaltlich der Genehmigung des Parlaments an Sr. Maj. den deutschen Kaiser die Insel Helgoland ab. Für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der deutschen Zollgesetzgebung in Helgoland wird eine Frist vereinbart werden, auch soll den dormaligen Bewohnern während eines bestimmten Zeitraums das Recht, für die englische Nationalität zu optiren, gewährt sein.

7) Die übrigen auf coloniale Fragen bezüglich Differenzpunkte: Reclamation wegen der Ausbringung des Dampfers Keera, Abgrenzung der Walfischbai, Reclamation gegen die Englische Negergesellschaft u. s. w. werden, nachdem festgelegt ist, daß über dieselben im Prinzip keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen, weitere freundschaftlicher Verständigung vorbehalten.

8) Bis zum formellen Abschluß des gegenwärtigen Uebereinkommens, welches in kürzester Frist durch Notenaustausch gesehen soll, wird keine Unternehmung in Afrika, welche sich mit den vorstehenden Verabredungen im Widerspruch befindet, von einer der beiden Regierungen sanktionirt werden.

Das englisch-deutsche Abkommen betreffs Afrika wird seitens der Berliner Morgenblätter sehr günstig aufgenommen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“

schreibt: Der Vertrag ist ein Friedensvertrag, ein Friedenswerk von um so erfreulicherer Bedeutung, als denselben kein Kampf vorangegangen ist und die freundschaftlichen Beziehungen des Deutschen Reiches zu Großbritannien damit auf unabsehbare Zeit gesichert werden. Weshalb äußert sich die „Post“. Diefelbe sagt: Wie dem im Einzelnen auch sei, jedenfalls sind durch diesen Vertrag die Elemente, welche Zwietracht zwischen den zwei stammverwandten Völkern stiften könnten, glücklich aus der Welt geschafft. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Ebenso groß wie die Ueberraschung dürfte in ganz Deutschland die Genugthuung sein, welche durch die Mittheilung von der Erwerbung Helgolands hervorgerufen wird. Kaiser Wilhelm II. ist somit bei Beginn seiner Regierung ein Mehreres des Reiches gewesen. Das „Berl. Ztgbl.“ nennt den Vertrag den ersten Erfolg der neuen Regierung, und es erscheine als ein günstiges Omen, daß damit ein häßlicher Fleck ausgetilgt worden, der seit den Verträgen der Tage von 1815 noch immer, wenn man so sagen dürfte, die deutsche Landkarte verunstaltete.

Zur Arbeiterbewegung.

(1) Der Vorstand des Allgemeinen Arbeiter-Rechtsschutzvereins in Berlin, welchem zahlreiche Arbeiter verschiedener Industriezweige angehören, theilt den Vereinsmitgliedern warnehmend mit, daß diese, falls sie sich in einer Streikbewegung des Bergens gegen die Freiheit der Arbeit schuldig machen und bestraft werden, eine Unterföhung nicht zu gewärtigen haben.

(2) Gegenüber der neugegründeten Arbeitgebervereinigung ist in Berlin eine Centralcommission von Arbeitern verschiedener Berufsgruppen ins Leben gerufen, welche die Vorschläge ausarbeiten soll zur zweckentsprechenden Bekämpfung der Arbeitgeber-coalitionen.

(3) Hamburg. Die streikenden Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter haben in den letzten Tagen von auswärtig ziemlich namhafte Unterföhungsbeträge erhalten und sind, da überdies der Zug von Arbeitern nachgelassen hat, fest entschlossen, den Streik unter allen Umständen weiter zu führen.

(4) Königsberg. Der Zimmerverband erklärte den partiellen Zimmererausstand als beendet.

(5) Eine Verammlung des rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverbandes in Dortmund, welche von etwa 500 Personen besucht war, beschloß am Sonntag nach einem Vortrage des Herrn Bunte eine Resolution an den Bundesrath, dahin gehend, daß der Bundesrath die Verschmelzung der drei Knappschaftsvereine (Bodum, Essen, Mühlheim) nicht genehmige, vielmehr die Knappschaftsvereine unter Berücksichtigung der internen Verhältnisse und besonders der Ansprüche der älteren Bergleute an die Knappschaftsvereine in die Alters- und Invaliden-Versorgungsinstitute übergehen zu lassen.

Provinz und Umgegend.

+ Aus Kösen schreibt man: Der alljährliche Zug der Lachse nach der Saale, welcher im Monat Mai am lebhaftesten zu sein pflegt, scheint diesmal gänzlich auszufallen. Im Obelste der oberen Saale hat man bis jetzt nicht ein einziges Stück und an den preussischen Saalmühlen nur ganz vereinzelte Exemplare eingefangen, bis zum Gewichte von höchstens 12 Pfund, während 20-pfundige und noch schwerere Lachse früher keineswegs Seltenheiten waren.

+ Wie der sozialdemokratische „Wähler“ melbet, hat das Ministerium des Innern dem in Zwidau insabstirten Redacteur Heinisch eröffnet, daß ihm die Erlaubnis zur Selbstbeschäftigung zu ertheilen sei. Die Gefängnisdirection hatte bekanntlich ein darauf gerichtetes Gesuch abgelehnt.

+ Der Kaiser wird nach der „Rein. Westf. Ztg.“ am 19. Juni zum Besuche des Grafen Stolberg nach Wernigerode und von dort am folgenden Tage nach Essen zum Besuche der Krupp'schen Gusstahlfabrik reisen.

+ Herr Prof. Leon Pohle in Dresden mußte sein im Kunstverein aufgestelltes Porträt des Reichsgerichtspräsidenten Dr. v. Simson zurückgeben, weil dasselbe von einem Unbekannten empfindlich beschädigt worden ist.

R. Der diesjährige Verbandstag der deutschen Schlosser-Innungen findet Ende Juli, der Verbandstag deutscher Tapezierer- und Decorateur-Innungen im August in Halle a/S. statt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 19. Juni 1890.

** Im Garten der „Finkenburg“ findet heute Abend das vierte Abonnements-Concert unseres Husaren-Trompetercorps statt.

** (Theater.) Wie wir zu unserer Freude vernehmen, ist es Herrn Director Jauner gelungen, Herrn Hofchauspieler Brümmer noch zu einer Gastvorstellung für nächsten Freitag zu gewinnen und damit vielen von Seiten des kunstfertigen Publikums an ihn gerichteten Wünschen entgegen zu kommen. Herr Brümmer wird zum letzten Male hier in der Titelrolle als „Reis-Reislingen“ in der bekannten Fortsetzung des beliebten Lustspiels „Krieg im Frieden“ auftreten. Es ist dies eine der Glanzrollen des vortrefflichen Künstlers und wird das Publikum Herrn Director Jauner jedenfalls dafür dankbar sein, daß er ihm nochmals Gelegenheit bietet, Herrn Brümmer in einer seiner besten Partheiten sehen zu können.

** Zur Herstellung des langersehten Druckständer der Wasserleitung auf unserem städtischen Friedhofe sind am Dienstag die erforderlichen Erarbeiten begonnen worden. Mit dem Schluß dieser Woche soll das Werk vollendet sein.

** Am Rathhause gegenüber dem Herrn Kaufmann Besolt prangt seit Dienstag ein neuer Postkrieskasten. Das hierbei interessirte Publikum wird dem Chef unseres Postamtes für diese neue Bequemlichkeit jedenfalls Dank und Anerkennung zollen.

** Blumen überall! „Gepflückt zu werden in der schönsten Blüthe, das ist das Loos der Blumen wie der Frauen, doch soll die Liebe, nicht der Tod sie pflücken“, sagt Paul Heyse. Ja, die armen Blumen müssen sterben, wenn der Mensch sie ganz für sich begehrt, wenn er sie pflückt. Nur um ihn einige Augenblicke zu erfreuen, müssen sie auf immer verwelken. Aber das wird wohl kaum jemand ändern können; nur traurig ist es und eine Verfüngung an der Natur, wenn die abgepflückten Blumen achlos behandelt und weggeworfen werden und deshalb viel früher verwelken, als es bei sorglicher Pflege der Fall wäre. Es giebt ein sehr einfaches Mittel, um abgepflückte Blumen lange frisch zu erhalten; man wirft eine Messerspitze voll salpetersaures Natron (Chilifaltpeter) in das Blumentöpfchen und wechselt dann täglich das Wasser. Auf diese Weise kann ein Blumenstrauß 10-14 Tage in Frische und Schönheit erhalten werden.

** Eine zeitgemäße Warnung! Die übelste Gewohnheit, die Kirichen sammt den Steinen zu verschleiden, daß bekanntlich schon so manches Unheil angerichtet. Es ist gar nicht selten, daß Kinder und Erwachsene das Verschleiden von Obstaternen mit dem Leben büßen müssen. So hatte Hofrath Prof. Rothmann in Wien die Tage Gelegenheit, seinen Hören ein solches Opfer des Kernschludens vorzuführen. Es war dies ein 16jähriger Tischlerlehrling, Namens Johann Brunner, welcher vor einigen Tagen eine kleine Anzahl von Kirichen sammt den Steinen ab und schon am nächsten Tage unter den Erscheinungen einer acuten Bauchfell- und Darmentzündung in's Allgemeine Krankenhaus gebracht wurde. Dort wurde sogleich die Diagnose auf eine Durchbohrung des Darmtrahrs durch Kirichkerne gestellt, doch war der Kranke nicht mehr zu retten. Die Diagnose wurde durch die Leichenschau bestätigt. Fast in jedem Sommer kommen ähnliche Fälle vor und doch herrscht gegen diese leibige Gewohnheit noch immer die alte Gleichgültigkeit, die da meint: Dich wird's ja nicht so treffen! —

** Die Gesichts- von dem auf einem Akerstück an der Köpferner Flurgrenze aufgefundenen Todtenkopff hat sich, wie wir hören, in harmloser Weise aufgeklärt. Bei näherer Beschäftigung des anscheinend so verhängnisvollen Beweisstückes stellte sich dasselbe als ein altes Theaterrequisit heraus, das vielleicht früher auch schon als Perückenstock gedient hat. Der vermeintliche Schädel wurde als überflüssiges Möbel bei einem Umzuge in die Düngrube geworfen und gelangte bei deren Räumung auf das Feld. Als ein weiterer glücklicher Umstand, der die sofortige Enttöhung der eingeleiteten Untersuchung veranlaßte, konnte es gelten, daß der s. Z. angeblich furios verschwendende Knecht sich im besten Wohlsein auf einem Dorfe bei Altenburg befindet.

** Bekanntlich haben wir in Deutschland und Oesterreich-Ungarn fünf verschiedene Postgebiete und mithin auch fünf verschiedene Postarten, die in einem Gebiete, für welches die Karten nicht veräußert werden, nur mit Straßportoabladung besördert werden. Da dies namentlich auf Reisen sehr lästig ist, so ist man auf den Ausweg verfallen, beispielsweise bei einer Reise von Norddeutschland nach Süddeutschland oder Oesterreich eine genügende Anzahl der für die

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrabe Nr. 6.

Wöchentliche Beilage:
Unseries Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
90 Pfg. durch den Herabräger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 120.

Donnerstag den 19. Juni.

1890.

Neue Quertreibereien in der Tabakindustrie.

Dieselben Herren, welche vor einem Jahre in Berlin den Versuch gemacht haben, bei Gelegenheit der Genossenschaftsversammlung der Tabakberufsgenossenschaft eine Versammlung von Tabakinteressenten anzuhalten, um in dem Verein deutscher Tabakfabrikanten und -Händler die ihnen lästige Führerschaft Berlins abzuschütteln, wollen das Experiment diesmal in Bremen wiederholen. Trotzdem eine Generalversammlung des genannten Vereins, welche am 6. März d. J. unter zahlreicher Beteiligung in Berlin abgehalten worden ist, allen solchen Versuchen, die augenscheinlich nur den Zweck haben, an die Stelle energischer Opposition gegen alle Steuer- und Monopolprojecte eine sogenannte „Raatsmännische“ Behandlung solcher Fragen treten zu lassen, ein kurzes Ende durch Neuwahl des Vorstandes gemacht hat, haben jetzt die abgefeierten Vorstandsmitglieder im Namen des Vereins zu einer Generalversammlung ein, um so ihre Zwecke durchzusetzen. Wenn nun auch die Mitglieder des Vereins genügend über die Sachlage unterrichtet sind, um sich von einer Versammlung fern zu halten, welche unberechtigter Weise für eine Versammlung des Vereins deutscher Tabakfabrikanten und -Händler ausgegeben wird, so könnten sich doch leicht solche Tabakinteressenten, die dem Verein nicht angehören, dadurch täuschen lassen. Sie könnten vielleicht die Versammlung besuchen wollen, weil sie glauben, es sei eine Versammlung des Vereins, welcher seit Jahren ihre Interessen stets in der energichsten Weise vertreten hat, und wir halten es daher für geboten, auf den wahren Sachverhalt hinzuweisen, in die Tabakinteressenten darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht durch Teilnahme an der von dazu nicht berechtigten Personen nach Bremen bezweckten angeblichen Generalversammlung des Vereins deutscher Tabakfabrikanten und -Händler oder an der von denselben Personen bezweckten Versammlung der Vereinigung deutscher Tabak- und Cigarettendruckereien die keine Gruppe derjenigen stärken mögen, welche ihre Aufgabe weniger in der Bekämpfung von Steuerprojecten, als in der Ausübung von „zweckmäßigen“ Steuerreformen sehen. Wie eifrig man in dieser Beziehung schon an der Arbeit ist, das beweist mit großer Deutlichkeit der letzte Jahresbericht der Handelskammer zu Mannheim, welcher derartige Vorschläge aus dem Kreise der Tabakinteressenten bringt.

Politische Uebersicht.

Aus den österreichisch-ungarischen Delegationen liegt nunmehr der vollständige Bericht des auswärtigen Ausschusses vor. Derselbe nimmt von der Aeußerung des Kaisers, nach welcher die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens befähigen, mit Freuden Kenntnis, desgleichen von den Erklärungen des Ministers über die Intimität der Beziehungen zu Deutschland und Italien, sowie über die Befestigung des mitteleuropäischen Bündnisses. Des weiteren sagt der Bericht, die uneigennütigen Bestrebungen des mitteleuropäischen Friedensbündnisses müssen auch ohne formale Abmachungen eine naturgemäße Stütze auch an England finden. Zugänglich Bulgariens drückt der Ausschuss die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten bei voller Respektierung der Souveränitätsrechte der Türkei jede passende Gelegenheit benutzen werde, um wenigstens auf dem Wege freundschaftlicher Ratschläge die Frage der Anerkennung des Prinzen Ferdinand der Lösung näher zu bringen. Zugänglich Serbiens sagt der Bericht, Oesterreich-Ungarn beabsichtige die Selbstständigkeit Serbiens zu respektieren, misse sich nicht in dessen innere Angelegenheiten und werde die guten Beziehungen Serbiens, zu welcher Macht immer es sei, jederzeit gern sehen,



es Wohl-
em Aus-
die von
befolgte
tion wolle
auswärtigen
ausdrücken.
arischen
er Kriegs-
standes
nicht zu
ge sei aber
gearbeitet;
e und die
nen Auf-
Aeußerung
ary nahm
bezüglichen
ur Kennt-
igt. Der
solutionsen
es Kriegs-
sch mit der
Heeres zu
wichtig auf
e und hat
mit den
Berhält-
nissen des Landes kaum zu vereinbaren
sei. Der Ausschuss nimmt jedoch dazu noch keine
Stellung, weil der Kriegsminister erklärt hat, daß
die Frage noch nicht vorbereitet und kein positiver
Plan vorgelegt sei.

Die Gesandten der Vereinigten Staaten, Englands und Deutschlands in Stockholm ersuchten den König Oskar von Schweden seitens ihrer Regierungen, kraft des Artikels 3 der Samoa-Conferenz einen Oberichter für die Samoa-Inseln zu ernennen.

In Dänemark hat die oppositionelle Mehrheit des Folketings einen empfindlichen Verlust erlitten. Graf Holstein-Ledeborg, einer der Hauptführer der Linken, hat seinen Wähler und den Wähler seiner Parteigenossen mittels Circulars angezogen, daß er sein Mandat als Mitglied des Folketings niedergelegt habe.

Der italienische Ministerpräsident Crispi hat sich der „Wof. Zig.“ zufolge vor acht Tagen nach einer Mitteilung Deloncles im „Siecle“ einem „höchst glaubwürdigen“ Geschäftsmanne gegenüber dahin ausgesprochen, er halte mehr als je am Dreibund fest. Jetzt, nach Bismarcks Verschwinden, sei er der älteste Bundesgenosse und die Bundesleitung gebühre ihm. Dank dem Dreibund sei Italien eine Großmacht, ohne welche man keinen Stein mehr in Europa umwenden kann. Vor dem Dreibund dagegen war Italien ein Vasall Frankreichs. „Wir haben den Dreibund geschlossen, um diesem Joch zu entgehen, und wir werden nicht so thöricht sein, den Dreibund zu zerören und zum französischen Bündnisse zurückzukehren, das uns wieder dem Einflusse der Pariser unterstellen würde, wir können uns sehr gut ohne Frankreich helfen. Die Deutschen liefern uns Alles, was wir brauchen, billiger und vortheilhafter als vorher die Franzosen, man sagt, wir bedürfen des französischen Geldes, um uns aus unseren Selbstverlegenheiten zu ziehen, das ist nicht richtig, die Deutschen geben uns so viel Geld, wie wir brauchen, zu billigem Zinsfuß.“ — Der Bericht der Generalbudgetcommission der italienischen Deputirtenkammer über das Budget des Schages behauptet, daß eine Besserung in der Finanzlage eingetreten sei, indem der vorjährige Commissionsbericht ein Defizit von mehr als 57 Millionen vorausgesehen habe, während der diesjährige Bericht das vorhandene Defizit in Folge der Erhöhung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben für fast gänzlich beseitigt erkläre.

Eine bulgarische Ministerkrisis meldet die offiziöse „Agence Valencienne“. Danach haben der

Minister des Auswärtigen Stranski und der Finanzminister Salbachew in Folge persönlicher Meinungsverschiedenheiten ihre Entlassung eingereicht und erhalten. Der Ministerpräsident Stambulow hat die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Unterrichtsminister Schiwlow die Leitung des Finanzministeriums übernommen.

Der serbische Generalconsul in Pest überreichte am Dienstag der ungarischen Regierung eine Protestnote die in der Form scharf gehalten ist und behauptet, daß das Verbot der Schweineinfuhr eine Verletzung des zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien bestehenden Veterinärvertrages enthalte.

Der rumänische Senat hat am Montag mit 53 gegen 3 St. das Gesetz betr. die Organisirung des Richterstandes angenommen und die geforderte Anleihe von 23 600 000 Lei für Straßenbauten bewilligt.

Senator Blaine hat im Senat der nordamerikanischen Union einen Antrag eingebracht, nach welchem im Jahre 1891 in Washington eine internationale Konferenz abgehalten werden soll, um eine Allianz zu bilden, welche sich die Unterdrückung der Sklaverei und das Verbot der Einfuhr von Waffen und Spirituosen in unkultivirte Länder zum Ziel setze. Ferner soll bei dieser Gelegenheit die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Regelung internationalen Streitigkeiten und eine allgemeine Abrüstung angeregt werden.

Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Der Kaiser traf am Montag vom Schießplatze zu Kummerdors nachmittags 4 Uhr 20 Min. wieder auf der Wildparkstation ein und begab sich von dort nach Schloß Friedrichskron. Während der Rückfahrt waren der Kriegsminister v. Verdy du Vernoot und der Abtheilungschef im Militärkabinett v. Dittmann zu Vorträgen in den Salonnagen befohlen. Nach der Ankunft im Schloße empfing der Kaiser um 5 Uhr den Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe. Gestern früh 6 Uhr unternahm der Kaiser einen Spazierritt in die Umgegend des Schlosses und von Potsdam und gewählte abdem dem Maler Professor Lenbach aus München zur Vorträtung eine längere Sitzung. — Bei seinem diesjährigen Besuche in Rußland wird der Kaiser an den großen Mandörern bei Krasnojarsk teilnehmen. Nach einer Meldung des „Graßhain“ hat der Kaiser den Wunsch geäußert, das Wilborsche Infanterie Regiment, dessen Chef er ist, während dieser Mandöver persönlich zu commandiren. — Die Kaiserin hatte sich Montag Nachmittag 2 Uhr mit den fünf kaiserlichen Prinzen von Schloß Friedrichskron aus zu Wagen nach Bornstedt begeben und dort der Kaiserin Friedrich einen Besuch abgestattet. Später besuchten beide Majestäten die Friedenskirche.

(Die Verlobung der Prinzessin Victoria) mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe ist am Dienstag bei dem großen Diner im Marmorhalle des Stadtschlosses zu Potsdam proclamirt worden. An der Tafel nahm auch der Reichsgeneral v. Caprivi Theil. Vor der Tafel hatte der Kaiser im Broncesale die Verlobung proclamirt. Während des Frühstücksmahles trank der Kaiser auf das Wohl des Brautpaars. — Der „Reichsanz.“ theilt die Verlobung durch folgende Bekanntmachung mit: „Mit Einwilligung Sr. Maj. des Kaisers und Königs, sowie unter Zustimmung Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Friedrich und Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Schaumburg-Lippe hat am heutigen Tage zu Potsdam die feierliche Verlobung Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Friederike Amalie Wilhelme Victoria von Preußen, zweiten Tochter Sr. Majestät des hochseligen Kaisers und Königs Friedrich, mit Sr. Durchlaucht dem Prinzen Adolf Wilhelm Victor zu